

# Deutschland muß Sicherheit bieten

## Pressekonzferenz der Delegierten des Weltgewerkschaftsbundes in Nürnberg

Nürnberg, 14. Februar (SNB). Am 13. Februar besuchte eine Delegation des Weltgewerkschaftsbundes den internationalen Gerichtshof in Nürnberg. Die Delegation lud die Vertreter der internationalen Presse zu einer Pressekonzferenz ein.

Der amerikanische Delegierte, Hillmann, stellte fest, daß der Weltgewerkschaftsbund rund 70 Millionen Mitglieder aus 56 Nationen umfaßt. Die Aufgabe, die die Delegation vor sich hat, besteht darin, die wirklichen Tatsachen über Deutschlands Arbeitsprobleme und seine Gewerkschaften festzustellen. Die Ergebnisse dieser Reise werden in Form von Empfehlungen dem Weltgewerkschaftsbund in Paris mitgeteilt werden. Er erklärte ferner, daß die Delegation besonders daran interessiert sei, eine den deutschen Bedingungen entsprechende Art des Aufbaus der deutschen Gewerkschaften zu studieren. Er betonte die große Bedeutung, die der deutschen Gewerkschaftsbewegung in der Entwicklung der demokratischen Kräfte in Deutschland zukommt und unterstrich besonders die Erwartung, daß auch von der gewerkschaftlichen Basis her ein kompromißloser Kampf gegen alle Elemente des Nazismus geführt werden wird.

Auf viele Anfragen, die von Seiten der zahlreichen Journalisten gestellt wurden, antworteten Hillmann und Jouhau.

Hillmann äußerte seine Befriedigung über die große Bereitschaft zur gewerkschaftlichen Organisation, die er in den Kreisen der deutschen Arbeiterschaft vorgefunden hat, und die, wie er meinte, die Bereitschaft zur gewerkschaftlichen Organisation in ihren eigenen Ländern übertreffe.

Erfreulich sei auch, daß die Delegation einen Stamm einer Führerschaft von alten und neuen Gewerkschaftlerz angestraften habe, von denen zu erwarten sei, daß sie neue, junge Kräfte für eine demokratische Gewerkschaftsbewegung zu erziehen in der Lage sein werden.

### Keine Kommission für Indonesien

London, 14. Februar (SNB). In der Mittwochsitzung des Sicherheitsrates der UNO wurde der Vorschlag der ukrainischen Delegation, eine Untersuchungskommission der UNO nach Indonesien zu entsenden, abgelehnt. Wjatschynski, der Leiter der sowjetischen Delegation, brachte folgenden Zusatzantrag zu dem ägyptischen Vorschlag ein:

„Um die Lage in Indonesien zu klären und einen Beitrag zur Wiederherstellung einer normalen Situation in Indonesien zu leisten, sollte eine Kommission, bestehend aus Vertretern der Sowjetunion, Großbritannien, China, der Vereinigten Staaten und der Niederlande entsandt werden.“

Dieser Zusatzantrag und der ägyptische Vorschlag vom Tage zuvor wurden ebenfalls abgelehnt.

### Ueber die Besetzung Deutschlands

London, 14. Februar (SNB). Der Londoner Rundfunk berichtet über ein Interview des Radio Frankfurt mit dem stellvertretenden Befehlshaber der amerikanischen Besatzungszone, General Clay, über die künftige Besetzung Deutschlands. Nach Ansicht General Clays soll Deutschland mindestens fünfzehn Jahre unter Kontrolle stehen.

General Clay gab jedoch der Hoffnung Ausdruck, daß bis 1947 die Besatzungsmächte ihre Hauptaufgabe in Deutschland erfüllt haben werden, nämlich die Säuberung von Nationalsozialismus, völlige Entmilitarisierung und Liquidierung der Rüstungsindustrie.

# UNO und Welternährungskrise

London, 14. Februar (SNB). Dem Londoner Rundfunk zufolge wurde auf der Mittwochabenditzung der Vollversammlung der UNO die Welternährungsfrage beraten. Der englische Außenminister Bevin führte u. a. aus: „In den ersten sechs Monaten dieses Jahres werden die Länder, die Weizen und Mehl einführen, einen Ausfall von fünf Millionen Tonnen haben. Dazu kommt das Ausbleiben des Monsums in Indien, das in diesem großen Gebiet große Not verursacht hat. Auch in Nordafrika ist ein großer Ausfall in der Weizenreife festzustellen. In den nächsten Monaten werden nicht weniger als eine Milliarde Menschen Mangel leiden, wenn wir nicht rasch handeln.“

Der amerikanische Delegierte Stettinius erklärte, Amerika betrachte die Bekämpfung der Welternährungsfrage als eine überaus wichtige Aufgabe. Stettinius wies auf die vor kurzem von der amerikanischen Regierung bekannt-

Es sei bedauerlich, so fügte er hinzu, daß man hier auf der Nürnberger Anklagebank keinen Vertreter der deutschen Industrie sehe, die mit zu den Hauptkriegsverbrechern zu zählen sind.

Von besonderem Interesse waren zwei Fragen, die sich mit dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund in der sowjetischen Zone beschäftigten. Die erste lautete: „Entsprechen der Aufbau und die Arbeitsweise des FDGB in der sowjetischen Zone, die Arbeitsweise der von ihm durchgeführten Kongresse und die dort vorgenommenen Wahlen der Vorstände dem demokratischen Prinzipien des Weltgewerkschaftsbundes?“ Eine uneingeschränkte und vorbehaltlose Bejahung auf diese Frage erfolgte.

Die zweite Frage lautete: „Wird der Aufbau des FDGB nach Industriegruppen und sein Programm die Aufnahme des FDGB in den Weltgewerkschaftsbund in naher Zukunft ermöglichen?“ Hierauf antwortete Jouhau, daß die

Wiedergebung einer Gewerkschaftsbewegung die unerläßliche Vorbereitung für die Ausrottung des Nazismus aus dem wirtschaftlichen und geistigen Leben Deutschlands darstellt. Die Hochfinanz und die deutschen Industriellen müssen endlich ihren Tribut für die Sache der Menschheit zahlen. Jede Behandlung dieser Fragen mit einer falsch verstandenen „Menschlichkeit“ ist gefährlich. Deutschland muß von Grund auf erneuert werden.

Was die Aufnahme des FDGB in den Weltgewerkschaftsbund anbelangt, so muß der FDGB erst unter Beweis stellen, was er angesichts der Aufgaben, die vor ihm liegen, zu leisten in der Lage sein wird. Entscheidend für die Welt der Arbeit wird es sein, daß aus Deutschland ein „Sicherheit bietendes Deutschland“ wird.

Zum Abschluß unterstrich Hillmann die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Einheit unter den Völkern.

# Wahlergebnisse in der Sowjetunion

## Mittlung der zentralen Wahlkommission über die Resultate der Wahlen für den Obersten Sowjet der UdSSR am 10. Februar 1946

(SNB). Bei den zentralen Wahlkommissionen liefen bis zum 13. Februar, 12 Uhr mittags, von allen Kreiswahlkommissionen die endgültigen Angaben über die Wahlergebnisse für den Obersten Sowjet der UdSSR ein, die auf Grund der Protokolle der Bezirkswahlkommissionen zusammengestellt wurden.

Hierbei wurden alle Wähler vollständig einbezogen, die am 10. Februar, an dem Abstimmungstag teilgenommen haben, doch bis zum Tage der Wahlen nicht in die Listen der Wähler eingetragen wurden; Bürger, die zum Tage der Wahlen auf Grund der Demobilisierung aus der Roten Armee zurückkehrten, repatrierte Sowjetbürger, Personen, die abkommuniziert waren, und sonstige Wähler, denen es aus verschiedenen Gründen nicht möglich war, am Abstimmungstag teilzunehmen zu lassen. Außerdem wurden im Laufe des 12. und 13. Februar die Wähler und die Resultate der Abstimmung für eine Reihe entlegener Wahlbezirke sowie für Wahlbezirke, die auf Eisenbahnstationen, in Fernzügen und auf Schiffen eingerichtet wurden, die am Tage der Wahl unterwegs waren, berechnet.

Auf Grund der genannten Angaben wird die Gesamtzahl der registrierten Wähler für alle Wahlkreise endgültig mit 101 717 686

Personen festgelegt. Davon haben 101 450 936 Personen an den Wahlen der Abgeordneten für den Obersten Sowjet teilgenommen oder 99,7 Prozent der Gesamtzahl der registrierten Wähler. In allen 682 Wahlkreisen für die Wähler für den Sowjet der Union haben 100 821 225 Personen für die Kandidaten der Blocks der Kommunisten und Parteilosen gestimmt, d. h. 99,1 Prozent der Gesamtzahl der Wähler.

Gegen die Abgeordnetenkandidaten für den Sowjet der Union haben 819 699 Personen gestimmt, d. h. 0,81 Prozent der Gesamtzahl der Wähler. Auf Grund des Artikels 88 der „Bestimmung über die Wahlen für den Obersten Sowjet der UdSSR wurden 10 012 Stimmzettel für ungültig erklärt.

In allen 657 Wahlkreisen für die Wahlen für den Sowjet der Nationalitäten haben 100 603 567 Personen für die Kandidaten der Blocks der Kommunisten und Parteilosen gestimmt, d. h. 99,1 Prozent der Gesamtzahl der Wähler. Auf Grund des Artikels 88 der „Bestimmung über die Wahlen für den Obersten Sowjet der UdSSR“ wurden 28 414 Stimmzettel für ungültig erklärt.

# USA gegen Nazi-Argentinien

Washington (SNB). Nach einer Reutersmeldung erklärte die Regierung der Vereinigten Staaten offen, daß es der argentinischen Regierung teilweise gelungen ist, ihr Ziel der Errichtung eines „totalitären Staates“ in der westlichen Hemisphäre zu verwirklichen.

In einem dokumentarisch belegtem Memorandum, das durch das Staatsdepartement veröffentlicht wurde, beschuldigte die Regierung der Vereinigten Staaten direkt das Peron-Regime, „der Achse positive Hilfe“ gewährt zu haben und das interamerikanische System durch eine „Strategie der Camouflage“ (Täuschung) „untergraben“ zu haben. Kopien des 131 Seiten umfassenden Memorandums wurden den Chiefs der Missionen aller amerikanischen Republiken mit Ausnahme Argentiniens überreicht. Es enthält eine ungeheure Menge bisher noch

nicht bekanntgegebenen Materials, um die Beschuldigungen zu belegen, daß das Peron-Regime und die frühere Castillo-Regierung eine Politik der „positiven Hilfe für den Feind“ verfolgt haben.

Ein Teil des Memorandums beruht auf Dokumenten, die in den Geheimakten der Nazi-Beamten in Deutschland gefunden wurden. Daneben sind deutsche und italienische Beamte, die mit Argentinien assoziiert waren, einem gründlichen Verhör unterworfen worden. Die Dokumente wollen zeigen, daß sich ein umfangreiches Spionagenetz nicht nur durch Argentinien ausbreitete, sondern auch durch die benachbarten südamerikanischen Republiken. Die Behauptung wird aufgestellt, daß Franco-Spanien an dem deutsch-argentinischen Plan, die südamerikanischen Nationen in den Bannkreis der Achse hineinzuwickeln, beteiligt war.

In dem Bericht wird erklärt, daß die Lage der Alliierten, die damals militärische Rückschläge erlitten. Buenos Aires veranlaßte, offen von der Hitler-Regierung militärische Hilfe anzustreben.

### UNO für Auslieferung der Kriegsverbrecher

London (SNB). Wie der Londoner Rundfunk meldet, hat die Vollversammlung der UNO den Antrag Jugoslawiens einstimmig angenommen, wonach die Mitglieder der Vereinten Nationen und auch die Nichtmitglieder alle notwendigen Maßnahmen für die Verhaftung und Auslieferung von Kriegsverbrechern treffen sollen.

London (SNB). Die Regierungsvorlage zur Aufhebung des im Jahr 1927 beschlossenen Gesetzes über Gewerkschaftsstreikigkeiten, das Generalsstreiks unter Verbot stellte, wurde im Reichstag von der zweiten Lesung mit 369 gegen 194 Stimmen angenommen.

# Die Kluft zwischen Rechtspflege und Volk

Von Prof. Dr. J. U. Schroeder,

Generalstaatsanwalt des Bundeslandes Sachsen

Fast täglich bringen die Zeitungen Meldungen über gerichtliche Urteile, die unser Volk nicht versteht. Da wird ein Hamsterer, der Mengen von Lebensmitteln hat verkommen lassen, freigesprochen. Da wird Burschen, die sich zu Diebstählen verbanden, Bewährungsfrist zugebilligt. Da wird von einer einseitigen Verfügung gesprochen, die sich gegen einen Aufseher in der Presse wendet und seine Wiederholung verbietet. Was hat es mit alledem auf sich? Woran liegt es, daß sich immer wieder Unzufriedenheit mit der Handhabung der Rechtspflege kundgibt? Wie können wir dahin gelangen, die Kluft zu überbrücken zwischen der Justiz und den breiten Massen unseres Volkes?

Die gegenwärtig amtierenden Richter, die früher nicht der NSDAP angehört — sonst wären sie ja entlassen — sind in einer Periode herangebildet, in der in der Rechtslehre der Positivismus herrschte, in der die Auffassung galt, die einzige Rechtsquelle sei das Gesetz, der Richter habe es anzuwenden in dem Geiste seiner Entstehungszeit. Er sei berufen, den einmal autoritär verkündeten Willen so lange anzuerkennen, bis die Staatsmacht durch eine Gesetzesänderung eingreife. Unabweislichen Forderungen des Lebens nachzugehen, zu erkennen, daß sich zugleich mit grundlegenden Änderungen in Wirtschaft und Gesellschaft die rechtlichen Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens wandeln, daß es ewiger Beruf der Jurisprudenz ist, „das Recht den Bedürfnissen des Lebens dienstbar zu machen“, zu erwägen, daß das Recht nur der Ueberbau der Wirtschaftsordnung ist, und daß sich die Rechtsätze unter dem Einfluß der

### FDGB Provinzausschuß-Mitglieder

Sonabend, den 16. Februar 1946, 10 Uhr

### Sitzung des Provinzausschusses

im Gewerkschaftshaus, Harz 42—44, Zimmer 19

### Tagesordnung

1. Aufgaben des FDGB nach der Zonenkonferenz,
2. Kassenbericht,
3. Wahl des geschäftsführenden Ausschusses,
4. Arbeitsplan für die Provinz Sachsen.

### Provinzausschuß des FDGB

gesellschaftlichen Verhältnisse kornen und gestalten; das alles erschien der Wilhelmischen und Nachwilhelmischen Welt schlechthin befremdlich. Es kommt ein weiteres hinzu: Von jeher hat die überwiegende Zahl der Juristen sich nur zögernd, nur widerwillig bereitgefunden, ausgetretene Bahnen zu verlassen und kühnen Neuerungen den Weg zu bereiten. Um so mehr aber ist das der Fall, wenn die Juristenschaft sich geradezu instinktiv gegen den Anbruch einer neuen Entwicklung stemmt, wie wir ihn doch zu unserem Glück zu erleben hoffen.

Man mag zur Lehre der Gewaltenteilung stehen, wie immer man will. Das Eine ist unbedingt nötig, daß die Rechtspflege, wenn sie schon einen eigenen Zweck der Staatsfunktion bildet, in demselben Geiste gehandhabt wird, in dem die Organe der Gesetzgebung und Verwaltung ihre Aufgaben erfüllen. Das ist es, woran es heute offenbar völlig fehlt.

Auch die Rechtswissenschaft mag gewiß auf der Erfahrung und den Errungenschaften früherer Generationen aufbauen, sie darf jedoch, wie es vor kurzem W. Ruban in der „Täglichen Rundschau“ von jeder Wissenschaft verlangt, „nicht in Routine versinken, nicht den Anschluß an das Leben verlieren, sich nicht in eine Wissenschaft verwandeln, die lebensfremd ist und eine Sammlung konservativer Ideen darstellt, die den wahren Fortschritt hindert.“

Wir brauchen auch in der Justiz das lebendige Bild, das sichere Gefühl, den hinausgreifenden Willen, wenn wir in der sowjetischen Zone an den Neuaufbau gehen.

Die deutschen Juristen müssen in sich gehen und verstehen lernen, daß wir in Deutschland nur zu retten sind, wenn es uns gelingt, uns zu befreien aus Sünde und Schuld und die irdischen Dinge des Gemeinschaftslebens neu zu gestalten.

„Die schöpferische Tat setzt den schöpferischen Geist voraus, eine Rechtspflege, die dieser Aufgabe nicht gewachsen ist, wird zum Bleigewicht des Rechtslebens.“ Sie hat ihren Beruf verfehlt.



Wo hin? Wie? Wann?

Aha, ein neuer Fahrplan! Zwar nicht die bewährte Taschenausgabe...

Das Glanzstück dieses kleinen Fallbüchleins ist aber der „sprechende Streckenfahrplan“...

Antifaschistische Frauen helfen

Ein Schild mit der Aufschrift: „Gastliche Aufnahme allen denen, die kein warmes Zimmer haben...“

Der Aufenthalt in diesen Gaststätten ist kostenlos. Darüber hinaus sind Vorkehrungen getroffen...

Sie helfen mit

Leitung und Betriebsrat der Central-Gesellschaft spendeten und teilten dem Fonds zur Ausbildung neuer Lehrlinge...

Linie 7 voll in Betrieb

Nachdem die große Schadenstelle in der oberen Leipziger Straße in mühevoller Arbeit beseitigt ist...

Stillegung infolge Hochwasser. Der Personal- und Expediturverkauf auf der Saale (Halle-Ceibe und zurück) mußte wegen Hochwasser eingestellt werden...

KULTURSTUNDE der Jugend

Zweite Veranstaltung der Literaturgruppe am Sonntag, dem 17. Februar, 10.30 Uhr, im Haus der Jugend...

Fortschritt der Jugendarbeit

In einer kürzlich stattgefundenen Jugendarbeitstagung im Haus der Jugend konnte man feststellen, daß die Jugendarbeit in Halle große Fortschritte macht...

Halles Aufbauplan 1946

Wohnungsbau im Vordergrund — Neue Wege der Finanzierung

Im Magistrats-Sitzungssaal fand eine eingehende Aussprache der Stadtverwaltung mit Vertretern der Bauwirtschaft...

- 1. Wer ist Eigentümer der vorhandenen Trümmer? 2. Wie sind die Bodenprobleme zu lösen? 3. Wie schaffen wir die Mittel zum Bauen? 4. Wozu soll bauen?

Vor Beginn der sehr lebhaften Aussprache des Oberbürgermeisters Mertens wurde ausdrücklich darauf hingewiesen...

Der Vordergrund stand die Frage der jetzigen und künftigen Hypothekengrundlagen und Ueberbestimmungen...

Ihr Grundstückeigenen um bisher erhalten geblieben ist, stattdessen müsse...

Uingehend wurde die Berliner Regelung besprochen. Dort werden zunächst 50 Prozent der Mieten an die Stadt abgeführt...

Bisher sind in Halle ungefähr 2000 leichtbeschädigte Wohnungen wieder hergestellt. 3000 Neuwohnungen müssen noch geschaffen werden...

Die bedeutungsvolle Tagung führte zu der ersten Kartelltagung grundsätzlicher Probleme, die zur weiteren Behandlung des Fragenkreises für die verantwortlichen Stellen von großer Wichtigkeit ist.

Ein Warenhaus — der Wunsch aller Schaffenden

Eine Zuschrift an die Presse aus den Reihen der Genossenschaftlerinnen hat die Konsumgenossenschaft Halle veranlaßt...

Die Kreis- und Provinzdelegierten-Konferenz des FDGB hat uns ein g-waltiges Stück vorwärts gebracht. Überall werden jetzt die Pläne in den Betrieben und in den Geschäften...

Warum Typhusschutzimpfung?

Weil vorbeugen besser ist als heilen

In der Folgezeit von Kriegen und anderen Menschheitserschütterungen treten immer wieder Seuchen auf, die eine weitere Schwächung der Volkskraft bedeuten...

Wir stehen heute wiederum vor einer Situation, die uns auf allen Gebieten zwingt nicht nur die Bekämpfung, sondern auch die vorhandenen Möglichkeiten zu handeln...

Neben der laufenden Kontrolle aller Angehörigen von Lebensmittelbetrieben auf Bazillenausscheidung hat hier die Typhusschutz-

impfung die größte Bedeutung. Es handelt sich dabei um die dreimalige Einspritzung von abgetöteten Typhusbazillen...

Hunderttausende von Menschen sind in den letzten Monaten in der Provinz Sachsen gegen Typhus geimpft worden...

Fließige Hände werden gebraucht

Die Strickstücken des Antifa-Frauenausschusses, Städtein Westen, finden für die Straßen der Bezirksausgestellte 12 im Bäckertunngsbüro...

Wissenswertes von den Kartoffelabschnitten

Wie das Amt für Handel und Versorgung mittelt, sind die Wochenabschnitte des Bezugsausweises für Speisekartoffeln der Stadt Halle ab 4. Februar für die Perioden 85, 86 und 87 nun dann gültig...

Die Sonntagsarbeitspflicht

Am kommenden Sonntag haben alle fröhlichen Mitglieder der NSDAP, SA, SS, NSKK, NSFK und der NS-Fraenschaft im Alter von 21 bis 65 Jahren bei Männern und von 21 bis 45 Jahren bei Frauen zur Arbeit an den für ihre Wohnung zuständigen Bau- beziehungsweise Anzeigerstellen...

Bezaubernde Meli in Leuna

Unter diesem Titel stellte sich im Südsaal des Peterabendhauses zu Leuna ein lustiges und vielseitiges Varietéprogramm vor...

Der zweite Teil wurde als Filmaufnahme unter Leitung Fred Rolands und Mitwirkung des gesamten Ensembles und des Publikums gebildet und erhielt dadurch eine besondere anspruchsvolle Note...

Jeder Hammerschlag ein Schlag für den Wiederaufbau

Kinder fahren aufs Land

Gestern früh gab es ein reges Treiben auf dem Bahnhofsvorplatz. In großen Scharen eilten Kinder herbei...

Auf Anregung von Frau Präsidialrat Reinkens haben sich in verschiedenen Kreisen Elternbereitschaften, Stadtkinder für die Wintermonate aufzunehmen...

Diesen ersten Verschickungen sollen in Zukunft weitere folgen. Um die Kinder mit ausreichender Kleidung, besonders mit Schuhwerk auszustatten...

Patenschaften für Umsiedler-Kinder!

Ein besonderes Problem unserer Tage bildet die Fürsorge der Umsiedler-Kinder. Sie haben meist alles verloren. Anstrengungen und Entbehrungen einer weiten Reise haben sie erschöpft...

Neuausgabe von Postwertzeichen

Von der seit längerer Zeit ausverkauften 1. Ausgabe der Bodenreformmarken zu 6 und 12 Rpf. (geschnitten und auf gewöhnlichem Papier gedruckt) wird nunmehr eine neue, gezeichnete Ausgabe...

Dauerreisegenehmigungen verlängert

Die Reichsbahn gibt bekannt: Alle mit einer Gültigkeitsfrist bis 31. März oder 30. Juni 1946 ausgereichten persönlichen und unpersönlichen Dauerreisegenehmigungen werden bis zum 31. Dezember d. J. verlängert...

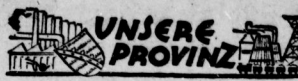
Schon die Weidenkätzchen!

Der Frühling will kommen. Die Samen der Weidenkätzchen warten in die Stadt. In Straßen und Büdnen kommen sie uns auf der Straße entgegen. Unbedachte Kinder und Erwachsene plündern die Weidensträucher...

Weiterbericht vom 15. Februar

Vorherige gültig bis 16. Februar, abends! Nachts aufgelockerte Bewölkung, am Tage stark wolkgig bis bedeckt und einzeln Regenfälle. Temperatur in der Nacht um 0 Grad, am Tage bis leicht anstehend. Mäßige teilweise starke Winde aus Nordwest.





**Funktionär-Konferenz in Mühlberg**

Zu einer gemeinsamen Funktionärskonferenz trafen sich 54 Funktionäre, die der SPD und KPD angehören oder in der Gewerkschaft oder Genossenschaftsarbeit tätig sind. Im Mittelpunkt stand die historische Aufgabe des kommenden Zusammenschlusses. Genosse Naumann (KPD) betonte in seinem Referat, daß bis jetzt bereits in gemeinsamer Arbeit viel geschafft wurde. Er erinnerte dabei an die Bodenreform, Schulreform, Einheit in allen Gewerkschaftsfragen. Es gilt aber weiter noch große Aufgaben gemeinsam zu lösen, denn die Macht der Konzerne, Trusts und Kartelle ist noch ungebrochen. Hier gilt es, die Reaktion ebenso vernichtet zu treffen, wie es bei der Bodenreform mit den Junkern geschah. Im weiteren Verlauf der Konferenz wurde der kommende Zusammenschluß von der Lehrerschaft, Frauenausschuß und den Gewerkschaftlern begrüßt.

**Konsumversammlung in Muldenstein**

Die Verbrauchergenossenschaft Bitterfeld, Verkaufsstelle Muldenstein, führte eine Mitgliederversammlung durch. Der Verkaufsstellenleiter, Gen. Bretschneider, gab in einem Referat einen Bericht über den Aufbau und die schnelle Entwicklung der jungen Zweigstelle der Verbrauchergenossenschaft, die in kurzer Zeit über 500 Mitglieder werden konnte. Danach sprach Gen. Petermann-Bitterfeld in einem ausführlichen Referat über die Entwicklung des Genossenschaftsgedankens von Schulze Delitzsch bis zur Jetztzeit. Trotz der Verschlingung der Genossenschaft durch den Hitlismus ist es gelungen, aus dem wenig übrig blieb, etwas Großes und Vorbildliches zu schaffen.

**Kreis-konferenz in Elsterwerda**

Eine gut besuchte Kreis-konferenz für den Kreis Liebenwerda und unter dem Vorsitz des Gen. Dietrich statt. In der Konferenz sprach Gen. Reinhold Drescher (Halle) über die gegenwärtige Lage und über die überall gewünschten Einheitsbestrebungen der beiden großen politischen Arbeiterparteien. Seine Ausführungen wurden im Zeichen der Zustimmung oft von den Delegierten unterbrochen. Der letzte Wille zur Einigung in einer demokratisch-sozialistischen Einheitspartei kam auch in der anschließenden Diskussion lebhaft zum Ausdruck. In der abschließend durchgeführten Wahl wurde Gen. Dietrich-Falkenberg zum Kreissekretär gewählt. Der Unterbezirk wird seinen Sitz von Falkenberg nach Liebenwerda verlegen.

**Hilfswerk-Erfolg in Zeitz**

Die Firma Naether in Zeitz konnte durch eine funtzprozentige Spende auf ihre Lieferungen der Gesamtwert von 225 RM für die Hilfswerke "Rettet die Kinder" abführen. Die Firma spendete außerdem von sich aus zu diesem Betrag noch weitere 1000,— RM.

**Hochwasser in Helldorf**

Als Folge der raschen Schneeschmelze und stärkerer Regenfälle stieg das Wasser der Elbe und der Müritzer Seen zu Höchstständen an. Dadurch wurden Gärten und Ackerflächen unter Wasser gesetzt. Während der am rechten Ufer des Flusses ausgeschüttete Damm hielt und ein Überfluten der Schrebergartenanlagen vor der Saigerhütte verhinderte, zerbrach der Damm am linken Ufer stellenweise und die dortigen Schrebergärten hinter der Badeanstalt wurden überspült.

**Hochwasser in Kelbra**

Durch die schnelle Schneeschmelze im Harz und durch einen anhaltenden Regen wurde die Hochwassergefahr beträchtlich verstärkt. Die Weidmühle mußte derart überflutet werden, daß die umliegenden Ackerfelder wurden überflutet. Um auf die Straße Berga-Kelbra zu gelangen, benutzen die Einwohner Steilen.

**Die Mutter**

ROMAN VON MAXIM GORKI  
Geschrieben im Jahre 1907

10. Fortsetzung

"Ja, für alle, Mütterlein!" rief der Kleinruss. "Für uns gibt es keine Nationen, keine Stämme, es gibt nur Genossen oder Feinde. Alle Arbeiter sind unsere Genossen, alle Reichem, alle Regierungen unsere Feinde. Wenn man die Welt offenen Blickes ansieht, wenn man sieht, wieviel wir Arbeiter sind und wieviel Kraft wir verkörpern, ergreift Freude das Herz, und ein großes Fest ist in der Seele. Und ebenso, Mütterlein, fühlt der Franzose und der Deutsche, wenn er das Leben ansieht, und ebenso freut sich der Italiener. Wir alle sind Kinder einer Mutter — dens unbestreitbaren Gedanken von der Brüderschaft der arbeitenden Bevölkerung aller Länder. Der erwärmte uns, er ist die Sonne am Himmel der Gerechtigkeit, und dieser Himmel ist im Herzen des Arbeiters, und wer der Sozialist auch sei, und wie er sich auch nennt — er ist uns stets im Geiste verbrüdet, jetzt und in alle Ewigkeit!"

Dieser kindliche aber feste Glaube faßte immer tiefer Boden unter ihnen, nahm immer mehr zu und wuchs mächtig und kraftvoll. Und wenn die Mütter das saß, fühlte sie unwillkürlich, daß in Wahrheit etwas Großes und Helles, der himmlischen, der sichtbaren Sonne ähnliches in der Welt geboren war.

Oft wurden Lieder gesungen. Die einfachen, allen bekannten Lieder sang man laut und lustig; aber bisweilen wurden neue, nicht rhythmische Lieder von eigenartiger Harmonie in unbekanntem Melodien gesungen. Die sang man halb laut und ernst wie in der Kirche. Die Gesichter der Sänger wurden blaß, wurden heiß, und in den klängvollen Worten lag große Kraft.

**Verordnung**  
Über die Erfassung und den Austausch von Ueberbeständen an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten aus Anlaß der Bodenreform

§ 1 Die Landräte haben die in ihrem Kreise befindlichen Ueberbestände an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten aller Art und an allen Orten zu erfassen und unter Zuhilfenahme von geeigneten Fachkräften zwischen in Frage kommenden einzelnen Wirtschaften ihres Kreises so auszutauschen, daß in jedem Falle ein möglichst großer Nutzen für die gesamte landwirtschaftliche Produktion 1946 gewährleistet ist.

§ 2 Bleiben danach in einem Kreise Ueberbestände an Maschinen und Geräten, so sind diese der Provinzial-Verwaltung, Abteilung L zu melden, die sie solchen Kreisen zuweist, die in ihrer technischen Ausrüstung weniger gut gestellt sind. Die hierzu notwendige Feststellung in bezug auf Ueberfluß bzw. Bedarf der Kreise treffen die Landräte, die das Ergebnis bis zum 20. 2. 1946 der Provinzial-Verwaltung, Abteilung L zu übermitteln haben. Letztere gibt den betreffenden Landräten alsdann die Liefer- und Empfängerkreise bekannt. Die Landräte haben den Lieferkreis sofort mit dem Empfängerkreis in Verbindung zu bringen und den Austausch unmittelbar durchzuführen.

§ 3 Der Wert der abzugebenden Maschinen und Geräte ist durch geeignete Fachkräfte, welche die Landräte zu bestimmen haben, zu ermitteln und protokollierend festzuhalten. Der Erwerber hat diesen Wert als Kaufpreis dem Lieferer zu entrichten.

§ 4 Die Aktion ist sofort in Angriff zu nehmen, ihre Durchführung und ihr Resultat bis zum 15. 3. 1946 der Provinzial-Verwaltung zu melden.

• Halle S., den 21. Januar 1946.  
Der Präsident der Provinz Sachsen.

**Zusammenschluß gefordert**

Greppin. Auch hier hat der Einheitsgedanke in allen vorwärtsblickenden Arbeitern und Arbeiterinnen festen Fuß gefaßt, so daß die Einheitspartei bereits lebende Wirklichkeit zu werden beginnt. Die Zustände in der Partei der Arbeiterparteien in Greppin war von ihrer Wiedergeburt an stets vorbildlich. Als der Impuls von Berlin zwecks Schaffung der Einheitspartei kam, löste er sofort organisatorische Vorbestrebungen aus. Zunächst wurde die Schularbeit zusammengefaßt. Jeden Montag findet im Lokal Schmidt ein gemeinsamer Schulungsabend statt. Dieser nimmt nach und nach die Form an, die am geeignetsten ist, um politisches und allgemeines Wissen zu vermitteln. In einer gemeinsamen Funktionärskonferenz sprach der Genosse N. J. Bitterfeld in einem instruktiven Referat über die Einheitsfront aller Schaffenden. Er legte dar, daß die außergewöhnliche Situation, in der sich heute Deutschland befindet, nur gemeinert werden kann durch die hohebestimmte Kampfkraft der deutschen Arbeiterklasse. Vorbedingung dafür ist die Einheitspartei. Es muß auch alles getan werden, um echtes Wissen in die Massen hineinzutragen, denn nur das Unvermögen der deutschen Menschen, die politische Strömungen in ihrem Wesen richtig zu erkennen, hat den Sieg des Faschismus in Deutschland ermöglicht. In der Diskussion wurde dem Referat des Gen. Neuhj. beifällig zugestimmt und vielfach der Wunsch geäußert, die Einheitspartei baldmöglichst zur Tatsache werden zu lassen.

§ 5 Die Herstellerfirmen der Industrie und des Handwerks melden bis zum 5. j. M. den Produktionsausstoß des vorangegangenen Monats an die Provinzial-Verwaltung.

§ 6 Die Verteilung erfolgt auf Grund von Anweisungen, die durch den Landmaschinenhandel ausgegeben werden. Die Dringlichkeit der Anschaffungen muß nachgewiesen werden durch Bescheinigung des Vorsitzenden der Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe und des Bürgermeisters der betreffenden Gemeinde. Die genannten Instanzen haben den strengsten Maßstab anzuzeigen und tragen dafür die volle Verantwortung. Die Anträge sind vom Landmaschinenhandel der Landräten vor auszuhändigen. Die Landräte registrieren diese art- und mengenmäßig und stellen sie in der Zusammenfassung als Unterlage für einen Verteilungsschlüssel der Provinzial-Verwaltung bis zum 5. j. M. zu. Die Verteilung erfolgt prozentual in die Kreise und durch sie an die Händler auf Grund der eingereichten Anträge.

Halle S., den 21. Januar 1946.  
Der Präsident der Provinz Sachsen.

**Verordnung**  
zur Sicherstellung des notwendigen Bedarfs an Maschinen, Geräten und Werkzeugen aus Anlaß der Bodenreform

§ 1 Der zu berücksichtigende Bedarf an Maschinen, Geräten und Werkzeugen für die Neubauernschaft wird im gegenseitigen Benehmen zwischen der Provinzial-Verwaltung und der Central-Ankaufsstelle für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Halle (Saale), festgestellt.

§ 2 Die für die Erstattung dieses Bedarfs notwendigen Rohstoffmengen sind durch die Provinzial-Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer Halle und der Handwerkskammer Halle zu ermitteln.

§ 3 Die Provinzial-Verwaltung und ein bei ihr errichteter Arbeitsausschuß, bestehend aus Vertretern der zuständigen Abteilungen der Provinzial-Verwaltung, der Industrie- und Handelskammer Halle, der Handwerkskammer Halle, der Landmaschinenindustrie, des Landmaschinenorgans und Arbeiter der Gewerkschaften stellen das Produktionsprogramm für 1946 auf und legen die Produktion auf die einzelnen Industrie- und Handwerksbetriebe um.

Halle S., den 21. Januar 1946.  
Der Präsident der Provinz Sachsen.

**Düben bildet Organisationskomitee**

Die Genossen der SPD und KPD sammelten sich im „Haus des Proletariats“ zu einer außerordentlichen Sitzung. Auf der Tagesordnung stand die Bestimmung eines Organisationskomitees zur Bildung der Einheitspartei im Distrikt Düben. Genosse Lillenthal (KPD) eröffnete die Versammlung und wies in kurzen Worten auf die Bedeutung dieses historischen Abends für die Dübener Arbeiterklasse hin. Danach sprach der Bürgermeister von Bitterfeld, Genosse M. O. in einem sehr instruktiven organisatorische Einheit“. Der Redner wandte sich gegen die separatistischen und federalistischen Strömungen. Die Einheit des Arbeiters, sagte der Redner, ist die Grundlage der Einheit im Volk. Deshalb steht als Wichtigstes die sofortige Vorberingung der organisatorischen und ideologischen Einheit im Vordergrund der Arbeit der beiden marxistischen Parteien.

In einem anschließenden Referat sprach Genosse Schmeller-Bitterfeld. Er sagte, daß nur rasche Tatkraft und schnelle Selbsthilfe die Arbeiterschaft zum Siege führen könne. Mit den Worten „Brüder, in ein uns die Hände“ schlossen die Genossen der Bruderparteien ihre gemeinsame Versammlung.

Freiburg (Unstrut). Die Mitgliederversammlung der Ortsverein wurde von Keller eröffnet. Anschließend sprach Genosse Hoffmann (Naumburg) über das Thema: „Einheit der Arbeiter“. Der Referent betonte besonders, daß unter allen Umständen die Einheit anzustreben und beschließen der Arbeiterklasse für die Zukunft die Verwirklichung ihrer sozialistischen Ziele und die nationale Einheit Deutschlands zu sichern.

Calwede. Die gemeinsam einberuene Mitglieder-Versammlung der beiden Parteien trat am 19. Januar zur Entscheidung des Zentralausschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD in Berlin. Die Versammlung begrüßte den erfolgreichen Verlauf dieser historischen Arbeit. In dem Bericht, den wir uns gestellt, unsere gemeinsame Arbeit noch weiter zu gestalten. Beide Parteien gelobten sich, endlich den Bruderkampf zu beenden und von dens abzurufen. Die Zusammenarbeit der beiden Parteien zu ermöglichen. Nur eine geeinte Arbeiterklasse kann die Kräfte der Reaktion vernichten. Die gemeinsame Mitglieder-Versammlung forderte dann die Zentralausschüsse auf, ihren Zusammenschluß beider Parteien zu beschließen.

Die gemeinsamen Einsatz der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zur Befreiung der Stadt und Land zu einer Arbeitergemeinschaft für den Aufbau einer friedlichen Wirtschaft und einer freien Demokratie.

**FDGB und Frühjahrsvbestellung**

Die rechtzeitige und vollständige Frühjahrsvbestellung ist in diesem Jahr mehr denn jemals eine Aufgabe des ganzen Volkes und besonders der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Von der rechtzeitigen Durchführung der Frühjahrsvbestellung wird es abhängen, ob im kommenden Jahr zur Erhöhung der ständigen Bewässerung die benötigten Mengen an Getreide, Gemüse aller Art, Kartoffeln, Zuckerrüben und Futtermittel zur Fleischerzeugung produziert werden.

Die rechtzeitige Erledigung der Frühjahrsvarbeiten in der Landwirtschaft wird davon abhängen, in welchem Umfang sie der Industrie- und Bergbauarbeiten und Arbeiter zu rechtzeitigen und vollständigen Erfüllung dieser Leistungen ist notwendig, um das Bündnis zwischen Bauern und Arbeitern praktisch wirksam werden zu lassen.

Aus diesen Darlegungen läßt sich erkennen, in welchem Umfang die landwirtschaftliche Erzeugung von den Leistungen der Industrie abhängig ist. Die Bereitschaft der freigewerkschaftlichen Arbeiter zu rechtzeitigen und vollständigen Erfüllung dieser Leistungen ist notwendig, um das Bündnis zwischen Bauern und Arbeitern praktisch wirksam werden zu lassen.

Die Bauarbeiter werden sich damit zu befassen, das ländliche Bauwesen zu organisieren, damit schon im kommenden Jahr die notwendigen Gebäude auf den Neubauernstellen errichtet werden können.

Nur, wenn sich eben in einer so praktischen Weise die Arbeiterchaft für die Bauern einsetzt, werden die Bauern ermutigt durch ihre Arbeit dem Boden das Letzte für die Ernährung des Volkes abzugeben. Die aufgezeigten Verflechtungen zwischen der Arbeit der Gewerkschaften und der Arbeit der Bauern beweisen, daß die Frühjahrsvbestellung und die davon abhängende Sicherung der Ernährung des Volkes ein Ziel aller Schaffenden in Stadt und Land sein muß. Eile tut aber! Ackergeräte, Schlepper, Pferdegeschirre, Hü-

„Wir müssen eine Zeitung haben!“ sagte Pawel oft.

Sie lobten hastig und wie im Fieber, die Menschen ließen immer geschwinde hin und her, eilten von einem Buch zum andern, wie Biene von Blume zu Blume.

„Man spricht schon über uns!“ sagte Wessowitsch eines Tages. „Wir fallen sicher bald herein.“

„Die Wachtel ist dazu da, daß sie ins Netz gerät!“ erwiderte der Kleinruss.

Er gefiel der Mutter immer besser. Wenn er sie „Mütterlein“ nannte, so war ihr immer, als streichelte jemand ihre Wangen mit weicher Kinderhand. An den Sonntagen, an denen Pawel keine Zeit hatte, spaltete der Kleinruss Holz; eines Tages kam er mit einem Brett auf der Schulter, nahm das Beil und ersetzte schnell und geschickt eine verfallene Treppenstufe durch eine neue; ein andermal bessere er ebenso unbemerkt den einstürzenden Zaun aus. Bei der Arbeit piff er stets, und sein Pfeifen hatte einen wehmütigen Reiz.

Einmal sagte die Mutter zum Sohn: „Laß uns den Kleinrussen als Kostgänger nehmen. Dann habt ihr es beide gemütlicher und braucht nicht immer hin und her zu laufen.“

„Wozu sollen wir dir solviel Mühe machen?“ fragte Pawel achselzuckend.

„Nun, das macht nichts, ich habe mich das ganze Leben geschunden, ohne zu wissen wofür... Einen braven Menschen zuliebe kenn ich schon etwas tun!“

„Weiß er das, was er meint?“ erwiderte der Sohn. „Wenn er zu uns zieht, soll es mich freuen.“

Und der Kleinruss zog zu ihnen.

VIII  
Das kleine Maus am Rande der Vorstadt erreichte die Aufmerksamkeit der Leute, und schon sendende argwöhnlicher Blicke wanden über seine Wunde geillt. Wunderlich bunte

Gerichte waren im Umlauf, die Menschen bemühten sich, etwas aufzuspuhen, aufzudecken, was hinter den Wänden des Hauses am Abhang verborgen war. Nachts blickten Leute ins Fenster, bisweilen klopfte jemand an die Scheiben und lief geschwind und furchtsam von dannen.

Eines Tages hielt der Gastwirt Begunzow, ein ehrwürdiger Greis, der stets ein schwarzes Seidentuch um den roten, welken Hals und über der Brust eine dicke, bla Plüschweste trug, auf der Straße die Wassowa an. Auf seiner spitzen glänzenden Nase saß ein Schildpflücker; aus diesem Grunde nannte man ihn „Knochenauge“. Er trat der Wassowa in den Weg und überschüttete sie in einem Atem, ohne eine Antwort abzuwarten, mit einer Flut praxelnder, dürrer Worte.

„Pelageja Nitowna, wie geht's? Was macht der Sohn? Willten Sie ihn nicht verheiraten? Junger Mann in den besten Jahren! Je früher man den Sohn verheiratet, um so besser haben es die Eltern. In der Familie läßt sich der Mensch geistig und leiblich an behen, in der Familie fühlt er sich, wie der Hahn im Korbe. Ich würde ihn an ihrer Stelle verheiraten. Unsere Zeit erfordert strenge Zucht, die Menschen leben zu sehr für sich. In allen Gedanken tut sich Zügellosigkeit kund, und man nimmt Handlungen wahr, die Tadel verdienen.“

Die Jugend merkte das. In den Orten der Geselligkeit wird sie fremd; man kommt heimlich in Winkeln zusammen und flüstert miteinander. Warum flüstert man, gestatten Sie die Frage, warum hält man sich abseits? Alles, was der Mensch nicht unter Menschen, d. h. des Schenkens zum Beispiel, sagen kann, was ist das? Das sind Geheimnisse! Für Geheimnisse aber ist nur unsere heilige apostolische Kirche der Ort. Alle anderen Geheimnisse, die in Winkeln vor sich gehen, sind Verirrungen des Geistes. Wünschenswert gute Geuntheit!“ (Fortsetzung folgt)



# Generaleunant R. A. Rudenko klagt an

Die Fortsetzung der großen Anklage des Vertreters der Sowjetunion in Nürnberg

Mit Genehmigung des Tribunals werde ich nur zwei Punkte dieser Regel, Punkte 4 und 5, verlesen.

Dort, wo solche Maßnahmen versäumt wurden, oder wo ihre sofortige Durchführung unmöglich war, sind die verdächtigen Elemente unverzüglich einem Offizier vorzuführen. Dieser entscheidet, ob sie erschossen werden sollen.

Es ist kategorisch verboten, die Verdächtigen lange in Haft zu behalten, um sie nach Einführung der Gerichte für die Zivilbevölkerung an diese zu übergeben.

Nach diesen sogenannten „Regeln“ wurde über das Schicksal und das Leben jedes festgenommenen unmittelbar von einem Offizier entschieden, wobei es verboten wurde, wie in der Anordnung zynisch gesagt wird, „die Verdächtigen bis zu ihrer Übergabe an das Gericht in Haft zu behalten“. Auf diese Weise wurde die physische Vernichtung der „Verdächtigen“ direkt vorgeschrieben. Im Falle irgendwelcher Überfälle auf die deutschen Streitkräfte schrieb diese Anordnung „Massen-zwangsmaßnahmen“, d. h. die ausnahmslose Vernichtung unschuldiger Menschen, vor.

Wie weit der Zynismus der deutschen Kriegführung bei der Anwendung des blutigen Terrors ging, ist aus der Tatsache ersichtlich, daß diese „Anordnung“ die deutschen Soldaten, Offiziere und Beamten von jeder Verantwortung für die von ihnen begangenen Verbrechen gegenüber der sowjetischen Zivilbevölkerung befreite. Diese Anordnungen schrieben den deutschen Truppführern vor, nur solche „Urteile“ zu fällen, die, wie es in dem bezüglichen Dokumenten des unpolitischen Absichten der Führung“ entsprechen.

Folglich wurden lange vor dem 22. Juni des Jahres 1941 von der Hitlerregierung und dem deutschen Oberkommando, dessen Vertreter die Sowjetunion und die Sowjetischen Kriegsverbrechen auf dem Territorium der UdSSR ausführlich ausgearbeitet und vorbereitet, die später auch verwirklicht wurden.

Diese Pläne überführen die Angeklagten unüberlegbar der von Ihnen mit Verbrechen organisierten ungeheuerlichen Verbrechen.

## Der räuberische Überfall Hitler-Deutschlands auf die UdSSR

Am 22. Juni 1941 brachen die hitlerischen Verschwörer treubrüchrig den Nichtangriffspakt zwischen der UdSSR und Deutschland und überfielen ohne eine Kriegserklärung das Sowjetterritorium und begannen damit den agrifreie Krieg gegen die UdSSR ohne den geringsten von der Sowjetunion gegebenen Anlaß.

Gewaltige Massen deutscher Truppen, die vorher in Geheimen an den Grenzen konzentriert worden waren, wurden gegen die UdSSR geworfen. Wie es geplant war, nahmen im Norden an dem Angriff gegen die UdSSR finnische Truppen und im Süden ungarische und ukrainische Truppen teil. Mit der Absicht, Panik und Verwirrung hervorzurufen, begannen die deutschen Luftstreitkräfte von den ersten Stunden des Krieges an, friedliche Städte anzugreifen und sie zu zerstören.

Einige Wochen als einen Monat nach dieser treubrüchrigen Handlung rief Hitler eine Konferenz unter Teilnahme von Rosenberg, Göring, Bornann, Lammer und Keitel zusammen. Bei dieser Konferenz instruierte Hitler die Versammelten, vor der Außenwelt die wahren Ziele des von den Hitleristen begangenen Krieges nicht aufzudecken. Hitler befing sich auf die Handlungsweise gegenüber Norwegen, Dänemark, Holland und Belgien und bestand darauf, daß man auch fernher in derselben Weise handeln, da in jeder Weile die wahren Absichten der Verschwörer verheimlichen soll.

„Also“, sagte Hitler, „werden wir erneut betonen, daß wir gezwungen waren, ein Gebiet zu besetzen, dort Ordnung zu schaffen und die Sicherheit wiederherzustellen“. Dabst stammt auch seine Regelung.

„Auf diese Weise soll nicht erkannt werden, daß es sich um eine endgültige Regelung handelt. Nichtsdestoweniger, trotzdem und ungeachtet dessen werden wir alle notwendigen Maßnahmen im Erschreuen, Deportation usw. durchzuführen.“

Diese Erschreuen, Verschleppung der Zivilbevölkerung in die deutsche Sklaverei, Raub und verschiedene Gewaltmaßnahmen gegen die zivile Bevölkerung nannten sich in der Sprache Hitlers und seiner Komplizen „Regelungen“.

Bei dieser Besprechung der Verschwörer wurde die weiteren Aufgaben der Hitlerregierung hinsichtlich der Sowjetunion folgendermaßen bestimmt:

„Die Sache läuft darauf hinaus, um sie erstens in Besitz zu nehmen, zweitens zu verwalten und drittens auszubuten...“

Das Wichtigste: Die Schaffung einer Militärmacht westlich des Urals darf nicht wieder auf die Tagesordnung kommen, auch wenn wir zu diesem Zweck 100 Jahre Krieg führen müssen. Alle Anhänger des Führers müssen wissen:

Das Reich wird nur in Sicherheit sein, wenn es keine fremden Armeen westlich des Urals geben wird. Es muß ein eisernes Gesetz sein. Es darf keine fremden Armeen sein, die irgendjemand, außer den Deutschen, Waffen trägt... Nur der Deutsche hat das Recht, Waffen zu tragen. Aber weder ein Slawe, noch ein Tscheche, Kosake oder Ukrainer“.

Das ganze Ostseegebiet muß ein Gebiet des Reiches werden... Genau so muß die Krim mit anliegenden Bezirken ein Gebiet des Reiches werden. Diese anliegenden Bezirke müssen so groß wie möglich sein... und die Wolgokolonien müssen ein Reichsgebiet werden... genau so, wie das Gebiet von Baku. Alles muß eine deutsche Militärkolonie werden. Die Finnen wollen Ostkarilien. Infolge der großen Nickelvorkommen muß jedoch die Kola-Halbinsel an Deutschland fallen... Die Finnen beanspruchen das Gebiet von Leningrad in dem Boden gleich zu machen, damit es den Finnen übergeben werden kann.

Die Antilagera wird im der morgigen Ausgabe fortgesetzt.

In der „Variante Barbarossa“ heißt es: „Die deutschen Streitkräfte müssen bereit sein, um noch vor Beendigung des Krieges mit England durch eine bilanzierte militärische Operation die Sowjetunion zu besiegen. Für diesen Zweck muß die Armee alle ihr zur Verfügung stehenden Verbände bereitstellen, lediglich mit der Einschränkung, daß die besetzten Gebiete gegen alle Ueberzugsungen gesichert sind.“

Die Richtlinie „Variante Barbarossa“ unterstreicht, daß besondere Aufmerksamkeit darauf zu richten ist, daß die Absicht des Ueberalles nicht erraten wird.“

Ferner wird in dieser Richtlinie darauf hingewiesen, daß der Befehl für eine Offensive gegen die Sowjetunion im Falle der Notwendigkeit acht Wochen vor Beginn der vorgesehenen Operation gegeben wird, und daß die Vorbereitungen, die eine längere Zeit erfordern, falls noch nicht begonnen, bereits jetzt begonnen werden und bis zum 15. Mai 1941 abgeschlossen sein müssen.“

Schließlich ist in derselben Richtlinie ein ausführlicher strategischer Plan eines Ueberalles auf die UdSSR enthalten, in dem bereits die konkrete Form der Teilnahme Rumäniens und Finnlands an dieser Aggression vorgesehen ist. Es heißt ausdrücklich in dieser Richtlinie:

„Vorausichtliche Verbündete und ihre Aufgaben. 1. An den Flanken unserer Operationen können wir mit einer aktiven Teilnahme Rumäniens und Finnlands am Kriege gegen Sowjetland rechnen.“

In der Richtlinie ist ebenfalls darauf hingewiesen, daß man „nicht später als zu Beginn der Operationen damit rechnen kann, daß die scheidend Eisenbahnen und Landstraßen für die Beförderung der deutschen Gruppe Nord zur Verfügung gestellt werden.“

Danach kann nicht bestritten werden, daß die Hitler-Regierung sich zu diesem Zeitpunkt bereits das Einverständnis der Regierungen Rumäniens und Finnlands zur Teilnahme dieser Länder am Ueberfall auf die UdSSR gemeinsam mit Deutschland versichert hatte.

## Die Mithilfe Rumäniens am Ueberfall

In seinen eigenhändigen Erklärungen an die Untersuchungsbehörden der Sowjetunion, dem Tribunal vorgelegt worden, berichtet der rumänische Marschall Ion Antonescu über seine Begegnungen mit Hitler im November 1940, im Januar 1941 und im Mai 1941, bei denen Fragen, die mit der Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion in Zusammenhang standen, beraten wurden.

In der ersten Unterredung Antonescus mit Hitler, an der Ribbentrop und der persönliche Dolmetscher Hitlers, Schmidt, teilnahmen, wurden Fragen beraten, die zu der von Deutschland erbetenen Aggression gegen die UdSSR und zur Teilnahme Rumäniens an dieser Aggression in direkter Beziehung standen.

Auf die von den sowjetischen Untersuchungsorganen an Antonescu gestellte Frage, ob man seine erste Begegnung mit Hitler als den Beginn seiner Verabredung mit den Deutschen zu einer Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion betrachten kann, sagte er:

„Ich antwortete bejahend. Diesen Umstand hatte Hitler bei der Ausarbeitung der Ueberfallpläne auf die Sowjetunion unbedingt im Auge.“

Bei der zweiten Begegnung Antonescus mit Hitler, die im Januar 1941 stattfand und an der auch die Angeklagten Ribbentrop, Keitel und Jod teilnahmen, richtete Hitler an Antonescu die Bitte, die auf dem Territorium Ungarns konzentrierten deutschen Truppen durch Rumänien durchzulassen, damit diese mit Griechenland im Kriege befindlichen Italiener unterstützen können.

Antonescu sagte aus: „Ich sprach die Befürchtung aus, daß die Bewegung der deutschen Truppen durch Rumänien Anlaß zu militärischen Handlungen aus dem Territorium der Sowjetunion geben könnte und daß Rumänien in diesem Falle in eine schwierige Lage geraten würde, da die rumänische Armee nicht mobilisiert sei. Darauf erklärte Hitler, daß er den Befehl geben werde, einen Teil deutscher Truppen, die zur Teilnahme an den Operationen gegen Griechenland vorgesehen waren, in Rumänien zu belassen.“

„Hitler betonte außerdem, eine zu seiner Verfügung stehende Information zeuge davon, daß die Sowjetunion keinen Krieg gegen Deutschland oder Rumänien beabsichtige.“

Ich gab mich mit dieser Erklärung Hitlers zufrieden und erklärte mich einverstanden, deutsche Truppen durch rumänisches Territorium durchzulassen.

Der bei dieser Beratung anwesende Generaloberst Jodi erläuterte mir die strategische Lage der deutschen Armee und unterstrich die Notwendigkeit eines Krieges gegen Griechenland von Bulgarien aus.

Ueber die dritte Begegnung mit Hitler, die im Mai 1941 in München stattfand und bei der der Angeklagte Ribbentrop anwesend war, erklärte Antonescu:

„Bei dieser Begegnung... sind wir endgültig über einen gemeinsamen Ueberfall auf die Sowjetunion übereingekommen.“

Hitler teilte mir mit, daß er den Ueberfall gebilligt habe, die Sowjetunion militärisch zu überfallen. Nachdem wir diesen Ueberfall vorbereitet haben, sagte Hitler, müssen wir die Länge der ganzen Grenzen der Sowjetunion vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee unerwartet durchführen.

Das Ueberzugsmoment des militärischen Ueberfalls, fuhr Hitler fort, wird Deutschland und Rumänien die Möglichkeit geben, einen der gefährlichsten unserer Gegner in kurzer Zeit zu erledigen.

Von seinen militärischen Plänen ausgehend, schlug Hitler mir vor, das rumänische Terri-

tor der letzte Umstand geht nicht allein aus dem Text der Richtlinie „Variante Barbarossa“, sondern auch aus anderem Material, das uns zur Verfügung steht, hervor. Z. B. wird in der fantrise Buschenhagen, die dem Tribunal vorgelegt werden, hingewiesen:

„Im Dezember 1940 (etwa am 20.) wurde ich als Stabschef der deutschen Truppen in Norwegen im Range eines Obersten zu der einige Tage dauernden Konferenz der Stabschefs der Armeen im OKH Zossen bei Berlin eingeladen, auf der der Chef des Generalstabes Generaloberst Halder, den Plan „Barbarossa“, der einen Ueberfall auf die Sowjetunion vorsah, darlegte. Zur selben Zeit befand sich in Zossen der Generalstabschef des finnischen Heeres, Generalmajor Heinrichs, der dort Besprechungen mit Generaloberst Halder hatte.“

Ferner wird in der Erklärung von Buschenhagen dargelegt, wie er im Februar 1941 nach Helsinki abgereist ist, wo er gemeinsam mit den Vertretern des finnischen Heeres einen konkreten Ueberfall auf die UdSSR ausgearbeitet hat. Am 2. oder 3. März 1941 hatte er nach seiner Rückkehr nach Oslo das Material über seine Reise für das OKW zusammengestellt und an dieses abgelaufen.

„Auf der Grundlage dieses Materials — erklärt Buschenhagen — wurde der Operationsplan zusammengefaßt. Ich habe diesen Ueberfall auf die Eisenbahnlinie von Murmansk aus dem Gebiet Kuusamo, Rovaniemi, Petsamo vorsah. Der Operationsplan im Bezirk Kirkenes — Petsamo wurde „Regatta“, der im Bezirk Rovaniemi „Silbersee“ genannt.“

Wie Buschenhagen erzählt, fuhr er Ende April oder Anfang Mai 1941 erneut nach Helsinki, wo „im finnischen Generalstab Besprechungen mit den Generalen Heinrichs, Airo und Oberst Tapola stattgefunden haben, bei denen von uns festgestellt wurde, daß die Ueberfälle des Generalstabes der UdSSR bereits im Generalstab der UdSSR vorbereitet sei, an dem bevorstehenden Krieg mit der Sowjetunion teilzunehmen.“

torium für die Konzentrierung der deutschen Truppen zur Verfügung zu stellen, und gleichzeitig an der Verwirklichung des militärischen Ueberfalls auf die Sowjetunion unmittelbar teilzunehmen.“

Indem es der Verschwörung betriet und sich gemeinsam mit Deutschland zu einem Ueberfall auf die Sowjetunion vorberiet, verfolgte Rumänien ebenfalls aggressive Ziele.

Antonescu erklärte in denselben Aussagen über die Versprechungen Hitlers folgendes: „Hitler unterstrich, daß Rumänien in diesem Krieg nicht abseits stehen dürfe, da es für Rumänien keine anderen Weg für die Rückkehr Bessarabiens und der Nordbukowina gebe als den Krieg an der Seite Deutschlands. Dabei sagte er, daß für unsere Unterstützung im Kriege Rumänien auch andere sowjetische Gebiete bis zum Danjeer besetzen und verwahren könne.“

Antonescu sagte ferner aus: „Da der Vorschlag Hitlers über einen gemeinsamen Krieg gegen die UdSSR meinen aggressiven Absichten entsprach, erklärte ich mein Einverständnis, an dem Ueberfall auf die Sowjetunion teilzunehmen und verpflichtete mich, die erforderliche Anzahl rumänischer Truppen vorzubereiten und gleichzeitig die Lieferungen von Erdöl und landwirtschaftlichen Produkten für die Bedürfnisse Deutschlands zu steigern. Aus München nach Bukarest zurückkehrend, sagte ich eine aktive Vorbereitung für den bevorstehenden Krieg.“

## Vorbereitung der Kriegsverbrechen

Neben der Durchführung strategischer und diplomatischer Maßnahmen zur Vorbereitung des hinfälligen Ueberalles auf die UdSSR durch die Hitlerregierung, die Verübung von Kriegsverbrechen auf dem Territorium der UdSSR im voraus durchdacht und geplant. Die sogenannte „Variante Barbarossa“ war ein strategischer Plan. Aber dieser Plan wurde durch eine Reihe von Instruktionen und anderen Dokumenten ergänzt, die dazu bestimmt waren, den gesamten Komplex von Maßnahmen, die mit dem Einfall in die Sowjetunion im Zusammenhang stehen, zu erfassen. Zu diesen Maßnahmen muß man in erster Linie die Instruktionen rechnen, die am 13. März 1941 vom Hauptquartier des deutschen Oberkommandos erlassen wurden.

Diese Instruktion bezieht sich auf eine Reihe organisatorischer Aufgaben zivilen Charakters und insbesondere auf die Organisation der antisowjetischen Gewaltverbrechen.

Es ist wichtig zu bemerken, daß durch diese Instruktion in Ostpreußen und in dem sogenannten Generalkommando (das heißt in Polen) vorgeschrieben wurde, spätestens vier Wochen vor Beginn der Operationen die Gebiete der Kampfhandlungen vorgesehen waren, für die deutschen Truppen in Kraft zu setzen. Durch diese Instruktion wurde das Oberkommando der deutschen Streitkräfte bevollmächtigt, die vollzugsfähigen auszubilden und die Vollmachten an die Oberbefehlshaber der Armeegruppen und Armeen weiterzugeben.

Man kann es nicht unterlassen, in dieser Instruktion auf den Punkt B hinzuweisen, der für die Aufgaben und Ziele, die sich die Verschwörer gesetzt haben, bezeichnend ist. In diesem Punkt heißt es:

„Auf dem Schauplatz der Kriegsbedingungen erhält der Reichsführer SS laut Auftrag des Führers Sonderaufgaben zur Vorbereitung der politischen Leitung, welche aus dem endgültigen und entschlossenen Kampf zweier gegeneinander gerichteter Systeme ausstrahlt. Die Aufgaben dieser Aufgaben handelt der Reichsführer SS selbständig auf eigene Verantwortung.“

Diese Tatsachen werden auch durch die Dokumente aus dem Archiv Antonescus bestätigt, die ebenfalls dem Tribunal vorgelegt werden.

Ich lenke die Aufmerksamkeit des Gerichts auf die Niederschrift einer Unterredung, die zwischen Antonescu und dem Chef des Protokollabteilung des deutschen Außenministeriums Denberg, am 10. Februar 1942 stattgefunden hat (Unterredung nach der Begegnung im Ausland).

Ich erklärte“, bemerkte Antonescu, „daß Rumänien dem Pakt der Achsenmächte getreten ist, nicht um den Versailler Vertrag zu korrigieren, sondern um gegen die Slawen zu kämpfen.“

Aus dieser Niederschrift ist ersichtlich, daß der Haß gegen die slawischen Völker Hitler und Antonescu bei der Vorbereitung und Durchführung der Aggression vergrößert hat.

Die Dokumente, die dem Gericht vorgelegt werden, zeigen auch die Teilnahme Ungarns an der Verschwörung gegen den Frieden und an der Vorbereitung des Angriffskrieges gegen die Sowjetunion mit aller Klarheit auf. Die Ueberfälle auf die Sowjetunion unter der Führung eines Schlages in den Rücken der Roten Armee durch die Karpaten, zu dem Zeitpunkt, wo die deutschen und rumänischen Truppen die Kriegsoperationen gegen die Sowjetunion entfallen sollten, übertragen.

So wurde ein verbrecherischer Aggressoren-Vertrag zwischen den treubruchendsten Völkern mit dem faschistischen Deutschland an der Spitze zusammengemittelt.

Ich kehre zu der sogenannten „Variante Barbarossa“ zurück und möchte bei den wichtigsten Stellen dieses Dokumentes verweilen.

Die „Variante Barbarossa“ besteht aus drei Teilen. Im ersten Teil werden die allgemeinen Ziele des Planes dargelegt. Im zweiten Teil werden die Verbündeten Deutschlands im Kriege gegen die Sowjetunion aufgezählt. Der dritte Teil ist der Durchführung der Kriegsverbrechen in der Luft, zu Wasser und in der Luft gewidmet. Eine charakteristische Besonderheit des Dokumentes ist die Tatsache, daß es, da es streng geheim war, nur in neun Exemplaren ausgeteilt wurde, was der Forderung, in der Vorbereitung befindlichen Ueberfallplänen auf die Sowjetunion geheimzuhalten, entspricht. Im ersten Teil des Planes heißt es:

„Die im westlichen Teil Rußlands befindlichen Truppenmassen der russischen Armee müssen zerstört werden... Der Rückzug kampffähiger Truppenteile in die Weiten russischen Gebietes muß verhindert werden. Durch rasche Verfolgung muß eine Linie erreicht werden, von der aus die russische Luftwaffe nicht in der Lage ist, Angriffe auf deutsche Gebiete zu unternehmen.“

Im Dokument heißt es ferner, das Endziel dieses Planes sei, sich auf der Linie Archangelsk — Wolgafestzusetzen, durch die Luftwaffe die letzten Industriegebiete im Ural lahmzusetzen, die britische Flotte außer Gefecht zu setzen und der Möglichkeit einer aktiven Einmischung der russischen Luftwaffe vorzubeugen.

Im dritten Teil des Dokumentes finden wir die Richtlinien, „Leningrad und Kronstadt zu besetzen und die Angriffsoperationen zur Eroberung des wichtigsten Verkehrsmittelpunktes der Sowjetunion, der Rüstungswerke in Moskau — fortzusetzen. Die Eroberung dieser Stadt“, so wird in dem Plan gesagt, „bedeutet sowohl vom politischen als auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus einen entscheidenden Erfolg“.

Die Ueberfälle auf die UdSSR der lange vor seiner Ausführung von Hitler-Deutschland durchdacht, ausgearbeitet und vorbereitet wurde.

## Die Menschheit weiß jetzt, welcher Art diese Verbrechen waren

„Diese Verbrechen“ waren denen durch diese voll und ganz in die Hände der SS-Generale und -offiziere gelegt wurde, die ihr Recht, selbständig auf eigene Verantwortung zu handeln“, im größten Ausmaß ausgenutzt haben. Das bedeutete einen noch nie dagewesenen Terror, Raub, Gewaltverbrechen, Mord an Soldaten und friedlichen Bürgern.

Daneben stellte die Instruktion vor der Führung sehr konkret auch solche Aufgaben wie die Ausplünderung und räuberische Ausbeutung der von den deutschen Truppen besetzten Gebiete. Die Instruktion war vom Angeklagten Keitel unterzeichnet.

In einer anderen Instruktion, die als Ergänzung zum Plan „Barbarossa“ im Juni 1941 unter dem Vorwand von Propagandarinstruktionen erlassen wurde, wird eine unbarmherzige Abrechnung mit allen, die sich den deutschen Interessen widersetzen vorgeschrieben. Was aber die eigentliche Propaganda betrifft, sprechen die Anweisungen offenerherzig von den — bei den Hitleristen üblichen — Methoden der schutzigen Verleumdung, der Lüge und Provokation, welche von den sogenannten „Propagandakompanien“ angewandt werden sollten.

Man kann schließlich nicht umhin, noch eine Instruktion zu erwähnen, die unter dem Namen „Anordnung über die Anwendung der Militärgeschichtsschreibung im Bezirk „Barbarossa“ und über besondere Maßnahmen der Truppen“ bekannt ist.

Diese Anordnung sanktioniert die Willkür der deutschen Behörden und Truppen gegenüber der zivilen Bevölkerung in dem von den deutschen Streitkräften besetzten Gebieten und beginnt mit der Forderung an die deutschen Truppen, sich unerbittlich gegen alle feindseligen Handlungen seitens der Zivilbevölkerung „zu Wehr zu setzen“.

In den Regeln, die drakonische Maßnahmen gegen friedliche Bürger und Partisanen vorsehen, sind Hinweise auf die grausame Behandlung der Menschen, die in dieser Anordnung „verdächtige Elemente“ genannt werden, enthalten.

